



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

**Die britischen amtlichen Dokumente über den Ursprung
des Weltkrieges 1898 - 1914**

in elf Bänden

Gooch, George P.

Berlin, 1926

Einleitung von J. W. Headlam-Morley

[urn:nbn:de:hbz:466:1-80111](#)

Einleitung

Am 6. August 1914, zwei Tage nach der Kriegserklärung an Deutschland, wurde dem Unterhaus ein Weißbuch mit dem diplomatischen Schriftwechsel vorgelegt, der vom 22. Juli bis zum 4. August geführt worden war¹⁾. Der unmittelbare Zweck war, das Parlament über die Ereignisse, die den Krieg herbeigeführt, und über den Anteil, den die britische Regierung an ihnen gehabt hatte, zu unterrichten, weil das Unterhaus um die Bewilligung von Mitteln angegangen werden mußte. Dank der Art ihres Inhalts erregte diese Dokumentensammlung sehr beträchtliches Interesse; sie war zu jener Zeit die einzige ausführliche amtliche Sammlung, die aus irgendeinem Lande zur Verfügung stand. Denn das deutsche Weißbuch, das dem Reichstag am 4. August vorgelegt worden war, enthielt offensichtlich nur eine ganz kleine und einseitige Auswahl, in der namentlich und unvermeidlicherweise jeder Beleg über die Verhandlungen mit der britischen Regierung fehlte. Der sehr starken Nachfrage entsprechend wurden vom englischen Weißbuch Neudrucke in einer populäreren Form herausgegeben und während der folgenden Monate Übersetzungen in den Sprachen aller bedeutenderen Länder veranstaltet und verbreitet. Infolgedessen erlangte die Sammlung eine Verbreitung, die wahrscheinlich größer war, als sie sonst einer ähnlichen Veröffentlichung je zuteil wurde; über eine Million Exemplare wurden ausgegeben.

Seit dem Kriege ist wiederholt die Forderung laut geworden, diese Sammlung sollte durch eine vollständigere Veröffentlichung ergänzt werden. Man hat darauf hingewiesen, daß eine ursprünglich notwendigerweise unvollständige Dokumentensammlung diejenigen,

¹⁾ Cmd. 7467 Misc. No. 6 (1914). Es dürfte angebracht sein, hier erläuternd zu bemerken, daß zwischen einem „Weißbuch“ (White Paper) und einem „Blaubuch“ (Blue Book) kein Unterschied zu bestehen scheint. Beide Ausdrücke sind allgemein gebräuchlich und dienen zur Bezeichnung der amtlich von der britischen Regierung veröffentlichten Aktenstücke. Alle Aktenstücke, die vom Auswärtigen Amt und anderen unter der Leitung eines Staatssekretärs stehenden Behörden amtlich dem Unterhaus vorgelegt werden, werden als „Command Papers“ bezeichnet.

die sich mit der Erforschung der Ursachen und des Ursprungs des Krieges befaßten, nicht völlig befriedigen könne. Diese Forderung machte sich stärker geltend, als zuerst die österreichische und dann die deutsche Regierung eine sehr umfangreiche Publikation herausgaben, die nicht allein die Korrespondenz mit fremden Ländern, sondern auch andere streng vertrauliche Urkunden enthielt.

Man hat auch die Vermutung ausgesprochen, daß wichtige Dokumente oder Abschnitte von Dokumenten weggelassen und daß andere abgeändert worden seien, um Beweismaterial zu unterdrücken, das für die Sache der britischen Regierung und ihrer Verbündeten ungünstig erscheinen könnte. Dieser Argwohn war vollkommen unbegründet. Sir Edward Grey und seine Mitarbeiter im Auswärtigen Amt waren der Ansicht, daß sie in den kritischen Tagen zu Ende Juli und Anfang August stets alles, was in ihrer Macht stand, getan hätten, um den Ausbruch des Krieges zu verhüten; sie glaubten, daß dies auch der Wunsch ihrer Verbündeten — Frankreichs und Rußlands — gewesen sei; es gab daher ihrer Meinung nach nichts zu verbergen und sie wünschten, daß die Veröffentlichung so vollständig und offen wie möglich sei.

Gleichwohl war es notwendig, bei der Auswahl Diskretion zu üben. Nach einer feststehenden Höflichkeitsregel, die von der britischen Regierung immer streng beobachtet wurde, soll kein Dokument, das einen Bericht über Unterredungen mit den Botschaftern und Gesandten anderer befreundeter Mächte oder eine vertraulich von ihnen übermittelte Information enthält, ohne die Zustimmung der betreffenden Regierung veröffentlicht werden. Im vorliegenden Fall war die Zeit zu knapp, um sich unmittelbar an sie zu wenden, denn das Parlament mußte sofort unterrichtet werden. Man konnte nichts weiter tun, als die Korrekturbogen dem französischen, russischen und italienischen Botschafter zu unterbreiten. Dies legte denen, die im Auswärtigen Amt die Veröffentlichung vorbereiteten, eine erhöhte Verantwortung auf. Sie waren augenscheinlich nicht verpflichtet, Dokumente zur Veröffentlichung mit heranzuziehen, die Verhandlungen zwischen anderen Ländern betrafen, an denen die britische Regierung nicht teilgenommen hatte, die ihr aber vertraulich mitgeteilt worden waren. Die Veröffentlichung solcher Aktenstücke war vielmehr Sache der unmittelbar beteiligten Regierungen. Das diene zur Erklärung, warum zum Beispiel aus Sir George Buchanans Telegramm vom 24. Juli (No. 101) jener Teil weggelassen wurde, der über das Ergebnis der Besprechungen zwischen H. Poincaré und H. Sasonow berichtet. Die maßgebende Veröffentlichung darüber mußte, wenn überhaupt, durch die französische und russische Regierung im Einvernehmen miteinander erfolgen. Dennoch wurde mehr Material dieser Art aufgenommen, als wir unter gewöhnlichen Umständen erwartet hätten. Noch niemals war eine solch unmittelbare,

solch vollständige und solch offene Enthüllung von Verhandlungen erfolgt. Keiner der Botschafter scheint Einwände erhoben zu haben und es liegt kein Zeugnis dafür vor, daß sie um die Abänderung oder Auslassung eines Dokumentes oder einer Stelle ersucht hätten.

Ganz abgesehen davon konnte natürlich bloß eine Auswahl aus den einschlägigen Dokumenten veröffentlicht werden. Es mußte all das in Fortfall kommen, was nicht von wirklicher Bedeutung war, da andernfalls der Verlauf der Ereignisse durch die Masse des Materials verdunkelt worden wäre. Die Auswahl selbst wurde Beamten des Auswärtigen Amtes anvertraut. Sie wurde erst im Endstadium Sir Edward Grey unterbreitet, der bestimmte, daß ein Dokument, und nur ein einziges, weggelassen werden sollte (siehe No. 132 und die dortige Anmerkung des Herausgebers). Außer ihrer sonstigen Arbeit ward den fraglichen Beamten die mühsame und verantwortungsvolle Arbeit aufgebürdet, Paragraphen sämtlicher Chiffertelegramme herzustellen; dies hatte in der größten Eile zu geschehen, und die Beteiligten mußten tatsächlich fast ohne Unterbrechung Tag und Nacht arbeiten.

In dieser neuen Ausgabe hat der Leser den vollständigen Text aller in der früheren Ausgabe enthaltenen Berichte und sämtliche Telegramme in ihrer originalen und unparaphrasierten Fassung vor sich; er ist daher in der Lage, sich ein Urteil über die Integrität und das Geschick zu bilden, die bei Zusammenstellung des ursprünglichen Weißbuchs gewaltet haben. Um Vergleiche zu erleichtern, ist jedem Dokument, das in der ersten Ausgabe enthalten war, ein Hinweis angefügt.

Als die Entscheidung getroffen war, daß eine neue Ausgabe veranstaltet werden sollte, mußte die Frage erwogen werden, nach welchen Grundsätzen dies zu geschehen habe. Man hätte einfach den vollständigen Text der bereits veröffentlichten Dokumente in seiner ursprünglichen und unparaphrasierten Fassung veröffentlichen können, indem man die ausgelassenen Stellen, sowie die Dokumente von unverkennbar politischer Bedeutung einfügte, die nicht mit aufgenommen worden waren. Dies wäre nicht befriedigend gewesen. Es würde sicherlich die Kritik nicht zufriedengestellt und den Argwohn, der erregt worden war, nicht zum Schweigen gebracht haben. Das einzige Richtige war, die ganze Korrespondenz zu veröffentlichen, und zwar einschließlich sämtlicher, wenn auch noch so unbedeutender und unrichtiger Telegramme und Berichte, die in irgendeiner Weise den Kriegsursprung betreffen. Dieser Weg wurde eingeschlagen und dem Leser liegt in dieser Ausgabe alles innerhalb des angegebenen Zeitraumes aus den Archivbeständen des Auswärtigen Amtes vor, was auf den Ursprung und den Ausbruch des Krieges Bezug zu haben schien. Er ist im Besitz des gesamten urkundlichen Materials, das der Staatssekretär und seine Berater zu jener Zeit vor sich hatten.

Dies Werk enthält ferner viel Material, das im Jahre 1914 nicht verfügbar war und das damals nicht hätte benutzt werden können. Außer den amtlichen Berichten und Telegrammen findet man hier alle einschlägigen Auszüge aus der Privatkorrespondenz Sir Edward Greys, die er im Auswärtigen Amt zurückgelassen hat. Auch wurde die Erlaubnis erteilt, eine Anzahl von Vermerken abzudrucken, die damals nicht nur der Staatssekretär, sondern auch die höheren Beamten auf den Schriftstücken angebracht haben. Diese Vermerke sind verhältnismäßig gering an Zahl und kurz, denn es war nicht Brauch, häufige oder lange Kommentare zu schreiben. Sie sind jedoch von großer Bedeutung; sie wurden unter dem Eindruck des ersten Augenblicks und im vollen Vertrauen niedergeschrieben, daß sie unter keinen Umständen, auf jeden Fall nicht vor Ablauf vieler, vieler Jahre, veröffentlicht werden würden. Sie lassen daher besser, als anderes es sonst könnte, den Eindruck erkennen, den zu jener Zeit die Männer empfingen, deren Pflicht es war, den Staatssekretär zu beraten. Aus diesen Vermerken können wir ersehen, wie die Zuversicht, daß diese Krise, wie so viele andere Krisen in den letzten Jahren, überwunden werden würde, allmählich der Unruhe und Befürchtung wich.

Unter diesen Vermerken werden keine größere Aufmerksamkeit erregen als die von der Hand des verstorbenen Sir Eyre Crowe. Ihre Prüfung wird dem Leser einen Begriff von den Eigenschaften geben, die ihn zu einem der ausgezeichnetesten Staatsdiener der Zeit machten: von der außerordentlichen Fähigkeit, in einer höchst verwickelten und schwierigen Lage die wesentlichen Punkte zu erkennen und klarzulegen, von der Raschheit und Sicherheit des Urteils und Ausdrucks, der Befähigung, seine außergewöhnliche Sachkenntnis und Erfahrung bei dem besonderen Problem, mit dem er zu tun hatte, zur Geltung zu bringen, und vor allem von dem hochentwickelten Verantwortlichkeitsgefühl und der aufrichtigen Hingabe für die Ehre seines Landes. Das am 31. Juli persönlich an Sir Edward Grey gerichtete Memorandum (No. 369) ist besonders bemerkenswert. Es wurde unter dem Druck einer starken Gemütserregung geschrieben; Crowe glaubte, daß man Entschlüsse zu fassen im Begriffe sei, die die ganze Zukunft des Landes aufs Spiel setzten, und daß eine Politik in Erwägung gezogen werde, die das Ansehen Großbritanniens in unheilbarer Weise zerstören würde. Man muß der Bereitwilligkeit, mit der Lord Grey jetzt der Veröffentlichung dieses Memorandums zugestimmt hat, Anerkennung zollen, aber wir wissen auch aus seinen eigenen Denkwürdigkeiten, daß er selbst im wesentlichen damit übereinstimmte, obschon es ihm wegen der sehr ernstlichen Meinungsverschiedenheit im Kabinett und dem Lande zum damaligen Zeitpunkt nicht möglich war, diesem Rat entsprechend zu handeln oder auch nur den Weg, den er verfolgte, zu erklären und zu rechtfertigen.

Seitdem das Werk in Satz gegeben wurde, hat Lord Carnock

(vormals Sir Arthur Nicolson) mit hohem Gemeinsinn im Auswärtigen Amt die Korrespondenz hinterlegt, die er als ständiger Unterstaatssekretär mit den auswärtigen Botschaftern und Gesandten geführt hat. Viele dieser Schriftstücke, die von hoher geschichtlicher Bedeutung sind, haben nun hier Platz gefunden. Wie erläuternd bemerkt werden mag, war es der Wunsch Sir Edward Greys, daß die Privatkorrespondenz, die für den Geschäftsgang des Amts unentbehrlich ist, hauptsächlich vom ständigen Unterstaatssekretär geführt werde. Es galt als selbstverständlich, daß die auswärtigen Vertreter Großbritanniens stets das Recht hatten, sich, wenn sie das wünschten, unmittelbar an den Staatssekretär zu wenden, aber er wollte von der Extralast befreit sein, die ihm eine ausgedehnte Korrespondenz aufgelegt hätte. Die Briefe von auswärts enthielten oft sehr wertvolle Informationen, die sich in vielen Fällen nicht zur Aufnahme in einen amtlichen Bericht eigneten, und wurden gewöhnlich dem Staatssekretär vorgelegt; waren sie von besonderer Wichtigkeit, dann wurden sie an den Ministerpräsidenten weitergeleitet und je nachdem bei anderen Kabinettsmitgliedern in Umlauf gesetzt. Sie gehören daher zu dem Nachrichtenmaterial, das dem Amt und der Regierung vorlag.

Die Briefe des Unterstaatssekretärs sind von anderer Art; sie tragen keinen amtlichen Stempel; sie sollen keine Weisungen oder auch nur Anregungen geben. Der Hauptzweck, zu dem sie geschrieben wurden, war der, die Botschafter und Gesandten, besonders die auf entlegeneren Posten, hinsichtlich der Denkweise und den Anschauungen der Heimat auf dem laufenden zu erhalten; zum großen Teil geben sie Informationen anderer Missionen weiter. Sir Arthur Nicolson pflegte zum Beispiel Sir Maurice de Bunsen in Wien Nachrichten und Informationen zu senden, die er selbst aus St. Petersburg und Berlin erhalten hatte. Man wird auch bemerken, daß die Privatbriefe von der Vorschrift ausgenommen sind, wonach jeder amtliche Bericht streng auf einen Gegenstand beschränkt sein muß; sie gehen unvermittelt von einem Gegenstand auf den anderen über; politische und private Angelegenheiten folgen aufeinander; und aus diesem Grunde werden sie in diesem Werke auszugsweise wiedergegeben.

Auch in einer anderen Hinsicht ist das vorliegende Werk umfangreicher als das ursprüngliche Weißbuch. Es beginnt nicht mit der Überreichung der österreichischen Note an Serbien vom 23. Juli, sondern mit der Ermordung des Erzherzogs am 28. Juni. Dies erschien aus vielen Gründen wünschenswert, insbesondere, weil die deutsche amtliche Veröffentlichung von diesem Zeitpunkt ausgeht. Ferner ist in einem einleitenden Teil eine ganz kleine Auswahl von Berichten zum Abdruck gelangt, die, wie zu hoffen ist, sich als Illustration der diplomatischen Lage vor Beginn der Krise nützlich erweisen wird.

Obwohl das Werk eine vollständige Sammlung aller auf den Ursprung des Krieges bezüglichen Aktenstücke vom Juli 1914 enthält, bedeutet dies nicht, daß es sämtliche politischen Schriftstücke und Telegramme dieser Periode umfaßt. Bis zum Ausgang des Monats ging die normale diplomatische Korrespondenz über die gewöhnlichen laufenden Angelegenheiten ununterbrochen weiter. Und diese wird, soweit sie überhaupt veröffentlicht zu werden verdient, im Schlußband der von Dr. Gooch und Dr. Temperley zu veröffentlichten Serie Aufnahme finden. Die Aufgabe, zwischen den beiden Kategorien von Dokumenten zu unterscheiden, bot weniger Schwierigkeiten, als zu erwarten war. Gegen Ende Juni flautete die politische Tätigkeit beträchtlich ab. Das war bis zu einem gewissen Grade zweifellos durch die Jahreszeit bedingt; wenn der Sommer vorrückt, vertagen sich die Parlamente, Staatsmänner und Diplomaten fangen an in Urlaub zu gehen, und Dinge, die noch vor einigen Wochen voll Schwierigkeiten und besorgniserregend zu sein schienen, nehmen ein anderes Aussehen an. Wir meinen damit nicht, daß sich die tiefe Besorgnis, mit der jeder Verantwortliche die Zukunft Europas betrachtete, wirklich verringert hätte; die Gefahr des Zusammenstoßes zwischen den beiden rivalisierenden Systemen nahm offensichtlich mit jeder Steigerung der beiderseitigen Rüstungen zu, aber es schien keine Anzeichen für eine herannahende Krise zu geben und nichts schien darauf hinzudeuten, daß, welche Absichten sie auch letzten Endes haben mochten, eine der Großmächte vor habe, die Entscheidung im Sommer 1914 zu erzwingen. Es bestand ein bemerkenswerter Unterschied zwischen 1914 und den drei vorangegangenen Jahren, in deren jedem Europa sich während des Monats Juli einer ernsten und drängenden Krise gegenübergestellt gesehen hatte.

Überdies hatten einige der Probleme, die in den vorausgegangenen Monaten die schwerste Besorgnis verursacht hatten, eine Besserung gezeigt. Die wirklich ernste Gefahr während des ganzen Frühjahrs und Frühsommers 1914 war die eines Krieges zwischen Griechenland und der Türkei gewesen; solch ein Konflikt würde fast unvermeidlich Bulgarien auf die Seite der Türken gebracht haben, und daraus hätte sich ein allgemeiner Balkankrieg zwischen denen, die den Vertrag von Bukarest aufrechtzuerhalten, und jenen ergeben, die ihn umzustoßen wünschten. Einem solchen Kriege fernzubleiben, wäre für Österreich und Rußland sehr schwierig gewesen. Die Krise dauerte bis Ende Juni an, als aus irgendeinem nicht recht ersichtlichen Grunde informelle Verhandlungen, die durch Vermittlung von Dr. Dillon, dem bekannten Journalisten, geführt wurden, eine günstige Wendung nahmen, und es wurde verabredet, daß H. Venisilos und der Großwesir sich Ende Juli in Brüssel treffen sollten, um zu einer formellen Übereinkunft zu gelangen. Wir besitzen daher eine Anzahl Telegramme, die von den für diese Zusammenkunft getroffenen

nen Vereinbarungen berichten, die zu veröffentlichen aber nicht für notwendig erachtet wurde.

Der andere Punkt unmittelbarer Sorge auf dem Balkan betraf Albanien. Auch hier erschien es nicht notwendig, die zahlreichen Telegramme abzudrucken, die über die Lage in Albanien im Monat Juli berichten; das einzige Ereignis von Bedeutung war, daß man eine Übereinkunft getroffen hatte, derzufolge rumänische Truppen dazu verwendet werden sollten, der albanischen Regierung jenen materiellen Schutz zu gewähren, dessen sie so sehr bedurfte. Doch man konnte hoffen, daß, selbst wenn sich ein Zwischenfall an der albanischen Grenze zutrüge, er örtlich beigelegt werden würde. Alle Berichte aus Belgrad, Wien, Berlin und anderen Hauptstädten lauteten dahin, daß die serbische Regierung nicht die Absicht habe, unnötige Schwierigkeiten hervorzurufen. Allgemein stimmte man darin überein, daß die serbische Regierung, auf jeden Fall für das nächste Jahr oder so, in allererster Linie den Frieden wünschte; nach den jüngsten großen Gebietserwerbungen war es ihre dringendste Aufgabe, für die Organisation und Verwaltung der neuen Gebiete Vorsorge zu treffen; die Regierung stand wegen eines Konkordats mit dem Vatikan in Unterhandlungen und überdies bedurfte die Armee nach zwei Kriegen der Reorganisation und Wiederausrüstung. All das mußte es äußerst ungelegen erscheinen lassen, in jenem Augenblick in einen neuen Krieg verwickelt zu werden. Es gab natürlich, wie von den Serben selbst offen zugegeben wurde, Hitzköpfe, die vor nichts zurückschreckten, aber es lagen keine Anzeichen dafür vor, daß sie Aussicht hätten, die Oberhand zu gewinnen.

Ein Punkt, der vielleicht erwähnt werden sollte, war der Kampf, der sich in Sofia hinsichtlich der Beschaffung einer Anleihe für die bulgarische Regierung abspielte; er hatte einen politischen Anstrich bekommen; der Zweibund sowohl wie der Dreibund waren bestrebt, Bulgarien für sich zu gewinnen, und die Gewährung einer Anleihe bedeutete wahrscheinlich den ersten Schritt zu einem engeren politischen Verhältnis. Das Problem fand schließlich seine Lösung, als am 16. Juli eine deutsche Anleihe aufgenommen wurde.

War dies die Lage auf dem Balkan, so beschäftigten das übrige Europa doch nur auffallend wenige diplomatische Streitfragen. Die russisch-deutsche Zeitungsfehde über das Thema der Rüstungen, die im März begonnen und seitdem krampfartig angedauert hatte, schien schließlich eines natürlichen Todes gestorben zu sein.

Die englisch-deutschen Beziehungen sind in den zu Eingang des Werks abgedruckten Berichten genügend gekennzeichnet. Es mag erwähnt sein, daß das Bagdad-Abkommen, über das man einige Monate lang verhandelt hatte, Ende Mai paraphiert worden war und, vorbehaltlich der Regelung gewisser ergänzender Punkte, zur Unterzeichnung bereitlag; die Verhandlungen darüber, die nicht mehr in

den Rahmen dieses Werkes passen, wurden bis zum 22. Juli fortgesetzt.

Die Beziehungen zu Frankreich waren normal; zwischen den beiden Regierungen schwebten keine wichtigen politischen Fragen und im Laufe des Juli liefen, wie man sehen wird, von der Botschaft in Paris keine Berichte ein, die sich mit französischen politischen Angelegenheiten, inneren oder äußeren, befaßt hätten; z. B. nichts über den Besuch des Präsidenten der Republik in Rußland, und kein Bericht über die Haltung der französischen Regierung oder der französischen Presse in bezug auf die Ermordung des Erzherzogs und ihre möglichen Folgen oder über die Kammerdebatte über den Zustand der Armee. Sir F. Bertie war zweifellos der Ansicht, daß diese Themen, und die französische öffentliche Meinung darüber, genau und ausführlich genug von der englischen Presse behandelt würden, und er glaubte daher, daß er dem durch amtliche Berichte nur wenig hinzuzufügen habe. Doch von einem Gesichtspunkt aus ist das bedauerlich (unfortunate), weil es sich ergab, daß die einzige aus Paris übermittelte Information zwei oder drei im „*Matin*“ und „*Temps*“ veröffentlichte Artikel traf. Werden diese Artikel von Leuten gelesen, die mit den Tendenzen der französischen Politik und öffentlichen Meinung während der Monate Juni und Juli 1914 nicht vertraut sind, so können sie leicht einen unglücklichen und irreführenden Eindruck erwecken. Um ganz offen zu sein: die Veröffentlichung dieser Artikel allein und für sich ist sehr unfair gegen Frankreich; denn sie repräsentieren nicht — und erheben auch kaum Anspruch darauf — wir wollen nicht sagen: die französische öffentliche Meinung, sondern auch nur einen Teil der französischen öffentlichen Meinung. Aber auf Grund des ganzen Prinzips, nach dem dies Werk herausgegeben wurde, durften sie unmöglich weggelassen werden. Wie Lord Granville darlegt, sind die Artikel von russischer Seite inspiriert; aber wir können nicht einmal annehmen, daß sie allgemein die russische öffentliche Meinung oder die der russischen Regierung im ganzen wiedergeben, die sich kaum hätte so bloßstellen und Artikel billigen können, deren politische Wirkung derart ungünstig sein mußte. Die einzige Partei, die Nutzen daraus ziehen konnte, wäre die deutsche Regierung, die damit gerade die erwünschte Unterstützung gewinne, um zugunsten einer fortgesetzten Steigerung der Rüstungen an das deutsche Volk zu appellieren.

Vom Standpunkt der britischen Regierung aus gab es ein Problem, das ihr ernstlich zu schaffen machte und das eine sofortige Behandlung zu erfordern schien, nämlich die Beziehungen zu Rußland. Bedenkliche Schwierigkeiten waren in Asien erstanden; die Russen waren sehr mißmutig über die nach ihrer Auffassung ungebührlichen Vorteile, die die britische Regierung aus ihrer Kontrolle der mesopotamischen Ölfelder gezogen hatte. Auf der andern Seite hatte die

britische Regierung seit langem ernste Gründe, sich über das Verhalten der russischen Konsuln in Persien zu beklagen. Außerdem bestanden, namentlich seitens der indischen Regierung, schwere Besorgnisse in bezug auf die Lage in Afghanistan. Eine Partei in Rußland war mit den Ergebnissen des Abkommens von 1907 äußerst unzufrieden. Es schien ihr, daß es der britischen Regierung gelungen sei, durch das Abkommen größere Vorteile zu erlangen, als sie Rußland zugefallen waren, und es bereitete ihr insbesondere Verdrüß, den Mineralreichtum der neutralen Zone von britischen Gesellschaften verschlungen zu sehen. Auf beiden Seiten war ein Gefühl des Mißtrauens im Entstehen begriffen; ohne gegenseitiges Vertrauen konnte es aber keine wirkliche Freundschaft geben und unzweifelhaft fehlte das gegenseitige Vertrauen. Dies hätte begreiflicherweise sehr ernste Folgen haben können. Die Stellung des H. Sasonow war nicht gesichert. Ständig liefen Gerüchte um, er werde sich nicht mehr lange zu halten vermögen, und wenn er zurücktreten mußte, konnte niemand im voraus wissen, wer ihm nachfolgen würde. Es gab immer am Hof, und in beträchtlichem Maße bei der Armee, eine starke deutsche Partei; die wachsende Revolutionsgefahr mußte fast unvermeidlich die Wirkung haben, die russische Regierung dahin zu bringen, daß sie Anlehnung an Deutschland suchte, und das alte Einvernehmen zwischen den beiden Nationen zur Erhaltung der monarchischen Einrichtungen gegen die Mächte des Umsturzes wieder aufleben zu lassen. Etwas derartiges würde die bedenklichsten Folgen gehabt haben; die ganze Regelung in Asien wäre augenblicklich gefährdet gewesen. Unter diesen Umständen war die Regierung darum besorgt, ein besseres Einvernehmen hinsichtlich der verschiedenen strittigen Punkte herbeizuführen, und dies bildet den Inhalt einer noch bis zum 22. Juli ununterbrochen anhaltenden Folge von Telegrammen, Berichten und Privatbriefen. All dies geht über den Rahmen des vorliegenden Werkes hinaus, da es nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Ausbruch des Krieges stand. In den Dokumenten No. 49 und 75 wird darauf Bezug genommen; aus ihnen geht hervor, daß H. Poincaré diese Dinge aus eigener Initiative zum Gegenstand persönlicher Vorstellungen beim Zaren und H. Sasonow gemacht hatte.

Es gibt indessen einen Punkt, der nicht übergangen werden darf. Am 9. Juli führte Sir George Buchanan in einem Privatbrief an Sir A. Nicolson aus:

„Sasonow hält mir immer das eingewurzelte Mißtrauen vor, mit dem Rußland in Indien und in gewissen Kreisen Englands betrachtet wird. Er ist anscheinend bereit, so gut wie alles zu tun, um es zu beseitigen, und er scheint sogar dem Zaren gegenüber angeregt zu haben, Rußland solle Indien gegen einen Angriff garantieren. Als Sasonow vor zwei Tagen mit mir über das Thema

sprach, bemerkte er, daß wir als Großmacht vielleicht Anstoß daran nehmen würden, eine solche Garantie angeboten zu bekommen, ohne dafür eine gleichwertige Garantie zu gewähren, und er warf den Gedanken hin, daß sich eine Formel finden lasse, derzufolge wir einander die Unversehrtheit unserer beiderseitigen Besitzungen in Asien garantieren könnten. Als ich dem entgegenhielt, daß unsere Verbündeten, die Japaner, solch eine Garantie von unserer Seite als gegen sie gerichtet betrachten könnten, sagte Sasonow, daß kein Grund bestehe, warum sie nicht auch einbezogen werden sollten. Sie würden sich durch einen solchen Vorschlag sehr geschmeichelt fühlen und die Garantie wäre dann dreiseitiger, statt nur zweiseitiger Art. Ich weiß nicht, ob er ernstlich daran denkt, einen derartigen Vorschlag amtlich vorzubringen.“

Darauf brachte Sir Arthur Nicolson in einem Privatbrief an Sir George Buchanan allgemein sein persönliches Interesse für die Anregung zum Ausdruck, bemerkte aber, daß er natürlich ganz unmöglich eine Ansicht äußern könne, bis er Gelegenheit gehabt habe, sich mit Sir Edward Grey darüber auszusprechen. Am 19. Juli erhielt Sir Edward Grey das folgende private und geheime Telegramm Sir George Buchanans:

„In Unterredung erkundigte sich Außenminister, ob ich Sie von seinen Äußerungen in bezug auf eine dreiseitige Garantie der asiatischen Besitzungen Großbritanniens, Rußlands und Japans unterrichtet hätte. Ich erwiderte, daß ich dies in einem Privatbrief an Sir A. Nicolson getan hätte, der Ihnen ohne Zweifel bereits zu Gesicht gekommen wäre, daß Sie aber, da es sich um eine Frage handle, die Sie mit Ihren Kabinettskollegen beraten müßten, noch nicht Zeit gehabt hätten, mir die Ansicht Seiner Majestät Regierung über die Sache mitzuteilen. Ich fragte ihn dann, ob er wünsche, daß wir seine Äußerungen als einen ernsthaften Vorschlag betrachteten, da es in diesem Falle meiner Meinung nach besser wäre, ihn (Gruppe nicht entzifferbar) in konkreterer Form vorzubringen. Außenminister entgegnete, er habe in vollem Ernst gesprochen. Während die beiden Regierungen Vertrauen in ihre beiderseitigen Absichten hätten, betrachte die öffentliche Meinung Englands Rußland mit Argwohn, und er habe diesen Vorschlag in dem Bestreben gemacht, jenen Argwohn ein für allemal zu zerstreuen. Er würde nahezu jede Formel annehmen, die unserer Ansicht nach diese Wirkung erzielen würde.“

Ich hielt es fürs Beste, die Unterredung nicht fortzuspinnen, gewann aber den Eindruck, daß, falls die Idee solch einer dreiseitigen Garantie Seiner Majestät Regierung empfehlenswert erschien, Minister des Äußern es ihr anzuseigen überlassen wird, welche Form sie haben sollte.“

Hierauf antwortete Sir Edward Grey am andern Tag:

„Ich bin persönlich von Gedanken dreiseitiger Garantie eingetragen und bin sehr erfreut, daß Minister des Äußern ihn ernsthaft vorgeschlagen hat. Ich will Ministerpräsidenten und, wenn er zustimmt, das Kabinett befragen, sobald die parlamentarische und irische Lage ihnen Zeit dazu läßt.“

Dies war das Ende der Angelegenheit, aber im allgemeinen bestand das Programm darin, daß Sir George Buchanan im Laufe des Herbstanfangs eine formelle und gründliche Erörterung all dieser Fragen eintreten sollte, indem man hoffte, die Beziehungen der beiden Länder auf einen befriedigenderen Stand zu bringen. Im August sollte auch Prinz Louis von Battenberg, der Erste Seelord, St. Petersburg besuchen, und zwar im Zusammenhang mit den technischen englisch-russischen Marinebesprechungen, in die Sir Edward Grey eingewilligt hatte.

Im Einklang mit den oben erwähnten Regeln internationaler Höflichkeit wurden die Dokumente des vorliegenden Werkes, soweit sie ein verbündetes oder neutrales Land besonders angehen, jeweils der betreffenden Regierung zur Genehmigung mitgeteilt. Es ist höchst befriedigend erklären zu können, daß diese in jedem Fall ohne Vorbehalt erteilt wurde und daß (außer bei ein oder zwei persönlichen Bemerkungen über lebende Personen ohne politische Bedeutung) keinerlei Auslassungen notwendig gewesen sind; Änderungen im Text wären unter keinen Umständen in Betracht gekommen. Die wärmste Anerkennung gebührt namentlich der französischen Regierung, die an diesem Werke natürlich besonders interessiert ist, für die Bereitwilligkeit, mit der sie das Prinzip vollständiger Veröffentlichung uneingeschränkt angenommen und sich damit identifiziert hat. Es war in der Tat unvermeidlich, daß in einer völligzensurfreien Veröffentlichung dieser Art Telegramme und andere Dokumente Aufnahme finden mußten, die, oft auf Informationen aus zweiter Hand beruhend, Darstellungen enthalten, die augenscheinlich unrichtig oder irreführend sind. So enthält der Privatbrief No. 320 b) zwei Mitteilungen. Die erste gibt lediglich das aus zweiter Hand wieder, was der Präsident der Republik gesagt haben soll. Die Angabe ist offensichtlich bedeutungslos und steht mit den Worten in Widerspruch, die der Präsident am selben Tag zu Sir F. Bertie geäußert hat (siehe No. 373). Die durch nichts gestützte Bemerkung eines fremden Diplomaten über den Stand der französischen militärischen Vorbereitungen ist ebenfalls augenscheinlich ohne wirkliche Beweiskraft. Das Ganze scheint einen Bericht nicht wert gewesen zu sein. Ferner kann der Bericht über eine private Unterhaltung zwischen einem auswärtigen

britischen Vertreter und einem fremden Diplomaten so abgefaßt sein, daß er einen unrichtigen Eindruck von der Politik der Regierung, die der letztere vertritt, hervorruft. Unter Hinweis auf Beispiele dieser Art haben nicht bloß kriegsführende Mächte in dieser Hinsicht Vorstellungen erhoben. In einigen Fällen war es möglich, eine kurze Anmerkung über die Punkte beizufügen, in denen der Bericht über die gefallenen Äußerungen irreführend sein könnte. Es sei zum Beispiel auf die von H. Gruitsch zu H. Crackanthorpe gemachte Bemerkung (No. 61) verwiesen: „Sollte Österreich den Krieg erzwingen, dann bliebe Serbien nicht allein. Rußland würde nicht zuschauen und Serbien einem mutwilligen Angriff ausgesetzt lassen, und Bulgarien würde durch Rumänien immobilisiert sein.“ Dies war keineswegs, weder amtlich noch inoffiziell, eine Andeutung, daß eine bestimmte Abmachung irgendwelcher Art zwischen Rußland und Serbien bestehe; sondern es handelt sich lediglich um eine Interpretation der Lage, wie man sie in fast jeder stattgehabten Unterredung finden wird. Es steckte da auch nicht mehr dahinter als in den Worten H. Schebekos zu Sir Maurice de Bunsen (No. 56), als dieser bemerkte, daß, wenn die Absicht einer gebührenden Bestrafung Serbiens vorliege, Rußland unfehlbar mit hineingezogen würde. Das war tatsächlich ein bloßer Gemeinplatz.

Oder schließlich die H. Paléologue zugeschriebene Bemerkung (No. 125), die französische Regierung werde wissen wollen, ob die britische Regierung ihre Verpflichtungen gemäß den maritimen Vereinbarungen einhalten würde. Paléologue hatte keinen Auftrag, diesen Punkt zu berühren; es war ausgeschlossen, daß der französische Botschafter in St. Petersburg angewiesen worden wäre, eine derartige Frage aufzuwerfen; er brachte nur mit der ihm eigentümlichen Impulsivität seine ganz persönliche Meinung zum Ausdruck.

Die Anordnung der Dokumente ist streng chronologisch, wobei für die einlaufenden Mitteilungen nicht das Datum ihrer Absendung maßgebend war, sondern das Datum ihres Eingangs beim Auswärtigen Amt. Die Dokumente jedes einzelnen Tages werden in nachstehender Reihenfolge wiedergegeben:

1. Einlaufende Schriftstücke;
2. Angekommene und abgesandte Telegramme, soweit möglich in chronologischer Reihenfolge, und zwar nach der Zeit, zu der sie vom Auswärtigen Amt ans Telegraphenamt abgesandt wurden oder im Auswärtigen Amt angekommen sind. Die Eingangszeit beim Auswärtigen Amt scheint nicht den Zeitpunkt anzugeben, zu dem das Telegramm vom Telegraphenamt eingetroffen ist, sondern den Zeitpunkt, zu dem der Chiffreur mit der Entzifferung begann;

3. Alle ausgehenden Schriftstücke (Erlasse) sind am Ende des Tages zusammengruppiert;
4. Schriftstücke, die im Auswärtigen Amt entstanden, sowie Mitteilungen fremder Missionen in London sind im allgemeinen am frühen Nachmittag zusammen eingereiht, wofern sie nicht eine bestimmte Zeitangabe ihrer Absendung oder ihres Eingangs enthalten.

Die Dokumente wurden stets nach der in den Archiven aufbewahrten amtlichen Abschrift abgedruckt. Bei Erlassen und ausgehenden Telegrammen ist dies das endgültige Konzept, wie es vom Staatssekretär oder dem Abteilungschef gebilligt worden ist. Die wichtigeren politischen Dokumente und namentlich die Aufzeichnungen über seine Unterredungen mit fremden Botschaftern wurden immer von Sir Edward Grey entworfen; er hat sie anscheinend manchmal einem Stenographen diktiert, aber meistens sind sie in seiner eigenen Handschrift aufgesetzt. Einlaufende Schriftstücke sind nach dem Original abgedruckt, wie es im Amt einging. Bezuglich der einlaufenden Chiffertelegramme liegt als einziges Original die vom Chiffreur hergestellte Abschrift vor; es war Brauch im Amt, daß diese sogleich in doppelter Ausfertigung hergestellt wurde, zuerst in Maschinenschrift und nachher, bei allen wichtigen Telegrammen, im Druck; war dies geschehen, dann wurde das Original-Manuskript nicht länger aufbewahrt.

Hinsichtlich der Schreibweise von Eigennamen wurde Einheitlichkeit nicht angestrebt. Bei ausgehenden Schriftstücken und Telegrammen, sowie in Vermerken wurde die damals gebräuchlichste Form gewählt; bei einlaufenden Schriftstücken ist die im Original angewandte Form beibehalten, obschon in einigen Fällen unverkennbare Fehler berichtigt worden sind. Daraus erklären sich die Ungleichheiten, die man zweifellos bemerken wird; zum Beispiel können Namen wie „Serajewo“, „Sasonow“ usw. auf verschiedene Weise geschrieben werden.

Die Worte *en clair* sind an die Spitze aller Telegramme gesetzt, die nicht in Schlüssel- oder Chifferschrift abgefaßt waren.

Hinweise wurden nicht nur, wie oben bemerkt, auf das ursprüngliche Weißbuch angebracht, sondern auch auf alle anderen Druckschriften, in denen das betreffende Dokument, wenn es nicht im Weißbuch stand, veröffentlicht wurde. Um die Benützung des Werkes zu erleichtern, sind wechselseitige Hinweise eingefügt und außerdem Hinweise auf die amtlichen Veröffentlichungen anderer Regierungen angebracht. Der Herausgeber hat ein paar Anmerkungen beigesetzt. Diese sind jedoch auf Fälle beschränkt, in denen bezüglich der Vollständigkeit oder Authentizität des Textes ein Zweifel erhoben worden ist oder erhoben werden könnte; aber jeder Versuch

unterblieb, auf den Inhalt der Schriftstücke einzugehen. Die Verantwortung für diese Anmerkungen trägt der Bearbeiter dieses Werkes ganz allein und sie trifft nicht das Auswärtige Amt oder die Herausgeber der Serie.

Um eine Gleichförmigkeit mit den anderen Bänden zu sichern, haben die Herausgeber die Verpflichtung übernommen, das Verzeichnis der Dokumente und die Register anzufertigen. Außerdem muß ich hier meinen Dank für die freundliche und fruchtbare Mitarbeit aussprechen, die sie mir angedeihen ließen. Dankbare Anerkennung gebührt ferner den Beamten der Bibliothek des Auswärtigen Amtes für die Bereitwilligkeit und Gründlichkeit, mit der sie beim Ermitteln aller einschlägigen Dokumente geholfen und die zahlreich an sie gerichteten Anfragen erledigt haben.

J. W. H.-M.